

Nutzungsbedingungen – Online-Seminare

1. Geltungsbereich, Definitionen

- 1.1 Diese Nutzungsbedingungen – Online-Seminare (im Folgenden „Nutzungsbedingungen“ genannt) der Schlütersche Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Hans-Böckler-Allee 7, 30173 Hannover (im Folgenden „Anbieter“ genannt), gelten für alle Verträge, Ergänzungen, Erweiterungen und Modifizierungen von Verträgen zwischen dem Anbieter und Nutzern über die Durchführung und Zurverfügungstellung von Online-Seminaren durch den Anbieter – im Folgenden „Leistung“ genannt. Alle diese Verträge, Ergänzungen, Erweiterungen und Modifizierungen werden im Folgenden zusammenfassend „Vertrag“ genannt.
- 1.2 Eine auf den Abschluss des Vertrages gerichtete Willenserklärung wird im Folgenden als „Auftrag“ bezeichnet.
- 1.3 Anbieter und Nutzer gemeinsam werden in diesen AGB „die Vertragsparteien“ genannt.
- 1.4 Diese Nutzungsbedingungen kommen gegenüber Unternehmern und Verbrauchern zur Anwendung. „Unternehmer“ ist eine natürliche oder juristische Person oder eine rechtsfähige Personengesellschaft, die bei Abschluss eines Rechtsgeschäfts in Ausübung ihrer gewerblichen oder selbständigen beruflichen Tätigkeit handelt. Soweit ein Nutzer den Vertrag mit dem Anbieter zu Zwecken abschließt, die überwiegend weder seiner gewerblichen noch seiner selbständigen beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden können, handelt der Nutzer als Verbraucher.
- 1.5 „Erfüllungsgehilfe“ werden im Folgenden alle anderen Unternehmen der Schlüterschen Mediengruppe und andere Subunternehmer und mit der Leistungserbringung beauftragte Personen genannt.
- 1.6 Entgegenstehende Allgemeine Geschäftsbedingungen von Nutzern finden – es sei denn, sie werden durch den Anbieter ausdrücklich und schriftlich angenommen – keine Anwendung. Sie kommen auch nicht zur Anwendung, wenn sie den AGB des Anbieters nicht oder nur teilweise widersprechen.

2. Zustandekommen des Vertrages / Speicherung des Vertragstextes / Abtretung

- 2.1 Der Nutzer gibt unter Verwendung des hierfür vorgesehenen Anmeldeformulars (oder einen entsprechenden, hierfür vorgesehenen Vertriebskanal des Anbieters) einen auf die – je nach Vereinbarung – vergütungsfreie oder vergütungspflichtige (vgl. Abschnitt 10) Erbringung der Leistung gerichteten Auftrag ab.
- 2.2 Ein Vertrag über die Leistung kommt erst dann zustande, wenn der Anbieter den Auftrag des Nutzers durch eine Annahmeerklärung/Auftragsbestätigung in Schrift- oder Textform annimmt. Ohne Annahmeerklärung/Auftragsbestätigung oder im Falle vorheriger Leistungserbringung durch den Anbieter gilt das Angebot mit der Leistungserbringung als angenommen.
- 2.3 Der Nutzer ist zur wahrheitsgemäßen und vollständigen Angabe der bei Vertragsschluss und/oder für die Leistungserbringung erhobenen Daten verpflichtet.
- 2.4 Der Vertragsschluss erfolgt ausschließlich in deutscher Sprache. Eingabefehler kann der Nutzer vor dem Absenden des Auftragsformulars mit den auf der Formularseite zur Verfügung gestellten technischen Mitteln sowie über die üblichen Funktionen seines Internetbrowsers und seiner Tastatur/Maus korrigieren. Mit Anklicken des „Anmelden“-Buttons erteilt der Nutzer einen verbindlichen Auftrag; Eingabefehler können danach nicht mehr korrigiert werden.
- 2.5 Da der Anbieter den Vertragstext nicht speichert, kann dieser nach Abschluss des Bestellvorgangs nicht mehr abgerufen werden. Der Anbieter übersendet dem Nutzer aber eine Anmeldebestätigung.
- 2.6 Die im Vertrag vereinbarte Leistung auf Dritte zu übertragen, ist dem Nutzer, der Unternehmer ist (vgl. Absatz 1.4 Satz 2 – unter Ausnahme des Anwendungsbereiches von § 354a HGB – nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Anbieters gestattet.

3. Vertragsgegenstand / Ausführung

- 3.1 Vertragsgegenstand ist die Bereitstellung interaktiver oder aufgezeichneter Online-Seminare.
- 3.2 Die vereinbarten Leistungen erbringt der Anbieter nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Berufsausübung durch qualifizierte Mitarbeiter und/oder Erfüllungsgehilfen, deren Auswahl dem Anbieter vorbehalten bleibt. Die Berechtigung, die Leistung durch Erfüllungsgehilfen ausführen zu lassen, gilt auch, wenn im Rahmen dieser AGB oder anderer Vertragsunterlagen nur der Anbieter als Leistender genannt wird.
- 3.3 Die Bereitstellung erfolgt unverzüglich, es sei denn, der Nutzer wird auf eine zeitlich spätere Bereitstellung, z.B. zu einem bestimmten Termin, ausdrücklich im Angebot oder in der Produktbeschreibung hingewiesen.
- 3.4 Der Anbieter behält sich vor, die Leistungserbringung zeitlich zu verlegen, abzusagen oder einen anderen Referenten einzusetzen. Das gilt insbesondere bei nicht kostendeckender Teilnehmerzahl, kurzfristigem Ausfall von Referenten, höherer Gewalt, Störungen am Veranstaltungsort oder anderen vom Anbieter nicht zu vertretener Umstände. Der Anbieter bemüht sich, den Nutzer frühzeitig über solche Änderungen zu informieren.
- 3.5 Der Anbieter behält sich vor, notwendige inhaltliche und/oder organisatorische Änderungen vorzunehmen (z.B. bei Unterschreitung der Mindestteilnehmerzahl).
- 3.6 Änderungen der vorbezeichneten Art berechtigen den Nutzer zum Rücktritt vom Vertrag. Weitergehende Ansprüche des Nutzers sind insoweit ausgeschlossen.

4. Technische Voraussetzungen

Übergabepunkt hinsichtlich der Leistung ist der Routerausgang des Anbieters. Es obliegt dem Nutzer im Rahmen des Zumutbaren, das Vorhandensein der technischen Voraussetzungen für den Empfang und die Teilnahme/Einsicht (Hard- und Software, Internetverbindung zum Übergabepunkt, etc.) auf seiner Seite zu prüfen und sicherzustellen.

5. Registrierung und Zugangskennung

- 5.1 Im Falle der Überlassung einer Nutzerkennung und/oder eines Passwortes durch den Anbieter ist der Nutzer verpflichtet, diese Daten vertraulich zu behandeln und niemandem mitzuteilen. Bei Zuwiderhandlung hat der Anbieter das Recht, die Nutzungsberechtigung des Nutzers vorläufig aufzuheben oder vorzeitig zu beenden.
- 5.2 Der Nutzer ist verantwortlich für jede Nutzung der Leistungen, die mithilfe seiner Nutzerkennung und seines Passwortes ausgeführt wird. Er hat dafür Sorge zu tragen, dass seine Nutzerkennung und sein Passwort vor unautorisiertem Gebrauch geschützt sind. Sollte der Nutzer eine missbräuchliche Verwendung seiner Zugangsdaten bemerken oder vermuten, verpflichtet er sich, den Anbieter unverzüglich zu benachrichtigen.

6. Kommunikation mit dem Nutzer

- 6.1 Im Zuge der Vor- und Nachbereitung der Leistung kann der Anbieter den Nutzer per E-Mail kontaktieren, um diesen bspw. an die Leistung zu erinnern und/oder ihm Materialien zur Leistung (z.B. Link zum Download der Präsentation oder Video-Datei) zur Verfügung zu stellen.
- 6.2 Eine Änderung seiner E-Mail-Adresse teilt der Nutzer dem Anbieter unverzüglich mit.
- 6.3 Der Anbieter ist berechtigt, den Nutzer – auch nach Ende der Leistung – über weitere Online-Seminare, Downloads und Veranstaltungen zu informieren. Der Nutzer kann dieser Verarbeitung jederzeit widersprechen (bspw. per E-Mail an widerruf@schluetersche.de), ohne dass hierfür andere als die Übermittlungskosten nach den Basistarifen entstehen.

7. Rechteevorbehalt

Der Anbieter behält sich alle Rechte an den im Rahmen der Leistung überlassenen Inhalten vor. Diese Inhalte stehen nur dem Nutzer im Rahmen der Leistung zur Verfügung und dürfen ohne schriftliche Einwilligung des Anbieters nicht in irgendeiner Form, auch für eigene Zwecke des Nutzers, vervielfältigt, nachgedruckt, elektronisch weiterverarbeitet, veröffentlicht, öffentlich zugänglich gemacht oder an Dritte weitergegeben werden – auch nicht auszugsweise.

8. Änderungen von AGB, Leistungskonditionen und/oder Preisen

- 8.1 Der Anbieter ist berechtigt, AGB, Leistungskonditionen und/oder Preise mit einer angemessenen Ankündigungsfrist zu ändern, sofern die Änderung unter Berücksichtigung der Interessen des Anbieters für den Nutzer zumutbar ist. Die Änderungen wird der Anbieter dem Nutzer per E-Mail mitteilen.
- 8.2 Der Anbieter ist zu solchen Änderungen insbesondere berechtigt, wenn
- 8.2.1. es technische Neuerungen auf dem Markt für die geschuldeten Leistungen gibt oder
 - 8.2.2. Dritte, von denen der Anbieter zur Erbringung seiner Leistungen notwendige Vorleistungen bezieht, ihr Leistungsangebot und/oder ihre Preise ändern.
- 8.3 Der Anbieter behält sich darüber hinaus vor, AGB und/oder Leistungskonditionen zu ändern,
- 8.3.1. wenn die Änderung lediglich vorteilhaft für den Nutzer ist oder wenn der Auftraggeber durch die Änderung gegenüber den bei Vertragsschluss getroffenen Vereinbarungen nicht deutlich schlechter gestellt wird (z.B. Beibehaltung oder Verbesserung von Funktionalitäten);
 - 8.3.2. wenn die Änderung rein technisch oder prozessual bedingt ist, es sei denn, sie haben wesentliche Auswirkungen für den Nutzer;
 - 8.3.3. wenn der Anbieter verpflichtet ist, die Übereinstimmung der AGB mit anwendbarem Recht herzustellen, insbesondere wenn sich die geltende Rechtslage ändert;
 - 8.3.4. wenn der Anbieter damit einem gegen den Anbieter gerichteten Gerichtsurteil oder einer Behördenentscheidung nachkommt; oder
 - 8.3.5. wenn der Anbieter zusätzliche, gänzlich neue Produkte, Dienstleistungen, Dienste oder Produkt-/Dienstelemente einführt, die einer Leistungsbeschreibung in den AGB bedürfen, es sei denn, dass bisherige Leistungsverhältnis wird dadurch nachteilig verändert.
- Der Anbieter wird den Nutzer über solche Änderungen informieren.
- 8.4 Beabsichtigt der Anbieter über den in den Absätzen 8.1 bis 8.3 beschriebenen Umfang hinausgehende Änderungen in Bezug auf AGB, vereinbarte Leistungskonditionen und/oder vereinbarte Preise, wird er diese Änderungen dem Auftraggeber mindestens sechs Wochen vor ihrem Wirksamwerden in Textform mitteilen. Die Änderungen gelten als genehmigt, wenn der Auftraggeber innerhalb von zwei Wochen nach Zugang der Änderungsmitteilung nicht schriftlich Widerspruch einlegt. Der Anbieter wird den Auftraggeber auf diese Folge in der Änderungsmitteilung hinweisen. Widerspricht der Auftraggeber Änderungen, steht dem Anbieter das Recht zu, den Vertrag oder von den Änderungen betroffene Teile des Vertrages mit einer Frist von zwei Monaten durch außerordentliche Kündigung zu beenden; dieses Sonderkündigungsrecht hat der Anbieter innerhalb von einem Monat nach Widerspruch des Auftraggebers auszuüben.

9. Haftung des Anbieters / Mängelbeseitigung

- 9.1 Dem Nutzer ist bewusst, dass die Leistungserbringung mit Hilfe von Software erfolgt, und dass Software niemals vollständig fehlerfrei erstellt werden kann. Der Anbieter kann insoweit nicht gewährleisten, dass die Leistung unter allen Hard- und Softwarekonstellationen („Systemkonfigurationen“), insbesondere unter Verwendung unterschiedlicher Internet-Browser, stets fehler- und unterbrechungsfrei läuft und sämtliche Fehler behebbar sind oder behoben werden. Insoweit ist keine absolut fehlerfreie Leistung geschuldet. Der Anbieter und seine Erfüllungsgehilfen erbringen die Leistung vielmehr so, dass sie bei Lieferung unter den verbreitetsten Systemkonfigurationen verwendbar sind. Unter unterschiedlichen Systemkonfigurationen kann das Erscheinungsbild von Webseiten, Bewertungen, Beiträgen und anderen Inhalten aber stets unterschiedlich ausfallen, was unvermeidlich ist und keinen Mangel darstellt.
- 9.2 Auch im Übrigen haftet der Anbieter für das Erreichen eines bestimmten Erfolges oder das Erzielen bestimmter Leistungsergebnisse nur, soweit dies in einer schriftlichen Vereinbarung ausdrücklich abweichend vorgesehen ist. Ein wirtschaftlicher Erfolg und das Erzielen bestimmter Qualifikationen ist unter keinen Umständen geschuldet.
- 9.3 Die Inhalte werden auf der Basis "as-is" und "as-available" angeboten. Der Anbieter übernimmt keine Gewähr für die inhaltliche Richtigkeit und Fehlerfreiheit der Inhalte.
- 9.4 Der Anbieter haftet nicht für eine ununterbrochene Erreichbarkeit der Leistung über Telekommunikationsnetze und/oder das Internet (vgl. Abs. 4).
- 9.5 Im Falle ganz oder teilweise mangelhafter Leistung durch den Anbieter gilt das gesetzliche Mängelhaftungsrecht einschließlich der §§ 327d ff. BGB. Hiervon abweichend gilt gegenüber unternehmerischen Nutzern (vgl. Absatz 1.4 Satz 2):
- 9.5.1. Dem Nutzer steht ein Anspruch auf Nachbesserung zu. Schlägt die Nachbesserung dreimal fehl, so ist der Nutzer zum Rücktritt berechtigt. Im Falle einer entgeltlichen Leistung hat der Nutzer nach seiner Wahl auch ein Recht auf Herabsetzung des Preises (Minderung) in angemessener Weise. Die Minderung erfolgt in dem Umfang, in dem der Zweck des Vertrages beeinträchtigt wurde (maximal in Höhe der Vergütung für die jeweils betroffene Leistung, bei einer für länger als 12 Monate vereinbarten Leistung maximal in Höhe der jährlichen Vergütung für die betroffene Leistung). Weitergehende Ansprüche sind ausgeschlossen.
- 9.5.2. Soweit es sich um offensichtliche Fehler handelt, sind Mängelrügen dem Anbieter innerhalb von 14 Tagen schriftlich mitzuteilen. Erfolgt keine rechtzeitige Mitteilung, sind jegliche Ansprüche ausgeschlossen. Die Verjährungsfrist für alle Ansprüche, auch auf Schadensersatz, beträgt bei offensichtlichen Mängeln drei Monate.
- 9.5.3. Zu Schadensersatz, gleich aus welchem Rechtsgrund, ist der Anbieter nur verpflichtet, soweit ihm, seinen leitenden Angestellten oder seinen Erfüllungsgehilfen Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit zur Last fallen.
- 9.5.4. Bei leichter Fahrlässigkeit haftet der Anbieter nur, soweit es sich um eine den Vertragszweck gefährdende Verletzung vertragswesentlicher Pflichten handelt. Als vertragswesentliche Pflichten sind solche Pflichten anzusehen, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages überhaupt erst ermöglicht, deren Verletzung die Erreichung des Vertragszwecks gefährdet und auf deren Einhaltung der Nutzer regelmäßig vertrauen darf. In diesem Fall ist die Haftung auf typische bei Vertragsschluss vorhersehbare Schäden begrenzt.
- 9.5.5. Nicht zu vertreten hat der Anbieter, wenn einzelne seiner Angestellten oder solcher seiner Erfüllungsgehilfen einfach fahrlässig bei der Abwicklung massenhafter Aufträge gehandelt haben, und die Fehler durch notwendige und zumutbare Kontrolle und Überwachung nicht erkannt wurden (Ausreißer im Massengeschäft).
- 9.5.6. Für Fehler jeder Art aus telefonischer Übermittlung übernimmt der Anbieter keine Haftung.
- 9.5.7. Der Anbieter haftet nicht für Folgeschäden, insbesondere nicht für entgangenen Gewinn und Schäden aus Ersatzansprüchen Dritter gegen den Nutzer.
- 9.6 Fällt die Leistung aus Gründen aus oder verzögert sich aus Gründen, die der Anbieter nicht zu vertreten hat, insbesondere wegen höherer Gewalt, Streiks, aufgrund Änderungen gesetzlicher Bestimmungen, Störungen aus dem Verantwortungsbereich von Dritten (z. B. technische Probleme von Plattformbetreibern, Providern oder Netzbetreibern) oder aus vergleichbaren Gründen, so wird die Durchführung des Auftrags nach Möglichkeit nachgeholt. Wird durch die vorgenannten Umstände die Leistung unmöglich, so wird der Anbieter von der Leistungspflicht frei. Die vertraglichen Ansprüche des Anbieters lässt dies unberührt. Wenn die Behinderung länger als zwei Monate dauert, ist der Nutzer
- 9.6.1. wenn er als Unternehmer handelt, nach angemessener Nachfristsetzung,
- 9.6.2. wenn er als Verbraucher handelt, nach Ablauf einer angemessenen Frist, berechtigt, hinsichtlich des noch nicht erfüllten Teils vom Vertrag zurückzutreten.
- 9.7 Kommt der Anbieter mit der Leistung in Verzug und ist der Nutzer Unternehmer oder eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, kann der Nutzer – sofern er glaubhaft macht, dass ihm hieraus ein Schaden entstanden ist – wegen des Verzögerungsschadens eine Entschädigung für jede vollendete Woche des Verzuges von je 0,5 %, insgesamt jedoch höchstens 5% des Preises für den Teil der vom Verzug betroffenen Leistungen verlangen. Weitergehende Ansprüche wegen des Verzugs stehen dem Nutzer, welcher Unternehmer oder eine Körperschaft des öffentlichen Rechts ist, nur in Fällen des Vorsatzes, der groben Fahrlässigkeit oder bei Vereinbarung eines Fixgeschäftes zu.
- 9.8 Soweit der Nutzer Unternehmer ist, ist die Haftung des Anbieters für grobes Verschulden seiner Erfüllungsgehilfen beschränkt auf Ersatz von Schäden aus der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten. Als wesentliche Vertragspflichten sind solche Pflichten anzusehen, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages überhaupt erst ermöglicht, deren Verletzung die Erreichung des

Vertragszwecks gefährdet und auf deren Einhaltung der Nutzer regelmäßig vertrauen darf. Des Weiteren ist die Haftung auf Ersatz des typisch vorhersehbaren Schadens begrenzt.

- 9.9 Im Falle höherer Gewalt sind sämtliche Schadensersatzansprüche ausgeschlossen.
- 9.10 Vorstehende Haftungsbeschränkungen und Verjährungsregeln gelten nicht für Ansprüche nach dem Produkthaftungsgesetz, für auf arglistigem Verschweigen eines Mangels oder Fehlen einer zugesicherten Eigenschaft beruhende Ansprüche sowie für Ansprüche aus der Verletzung von Körper, Leben und Gesundheit. Soweit die Haftung ausgeschlossen oder beschränkt ist, gilt dies auch für die persönliche Haftung der gesetzlichen Vertreter, leitenden Angestellten und sonstigen Erfüllungsgehilfen des Anbieters.

10. Vergütung / Aufrechnung / Zurückbehaltung

- 10.1 Soweit nicht ausdrücklich abweichend vereinbart, erfolgt die Leistungserbringung vergütungsfrei.
- 10.2 Soweit für die Leistung eine Vergütung vereinbart ist oder die Leistung als Bestandteil eines vergütungspflichtigen Bundles erbracht wird, gilt Folgendes:
 - 10.2.1. Preisangaben verstehen sich stets netto zuzüglich der gesetzlichen Mehrwertsteuer.
 - 10.2.2. Der Anbieter übersendet nach eigener Wahl dem Nutzer Rechnungen per Post oder in digitaler Form (z. B. per E-Mail oder über das Service-Center-Online des Anbieters). Ggf. stimmt der Nutzer einer ausschließlichen Versendung der Rechnung in digitaler Form zu und ist damit einverstanden, dass in diesem Fall eine Rechnung in Papierform nicht geschuldet ist.
 - 10.2.3. Soweit nicht anders vereinbart, sind Rechnungsbeträge bis spätestens 14 Tage nach Rechnungsdatum ohne Abzug zu bezahlen.
 - 10.2.4. Hat der Nutzer dem Anbieter eine Einzugsermächtigung bzw. nach erfolgter Umstellung auf das SEPA-Lastschriftverfahren ein SEPA-Mandat erteilt, erfolgt die Zahlung per Bankeinzug. Die Vertragsparteien vereinbaren, dass eine für das SEPA-Lastschriftverfahren erforderliche Vorabankündigung (Pre-Notification) spätestens drei Tage vor dem jeweiligen Belastungsdatum zu erfolgen hat.
 - 10.2.5. Befindet sich der Nutzer mit einer Zahlung in Verzug, kann der Anbieter für jede Mahnung einen pauschalen Mahnkostenbetrag in Höhe von 9,00 Euro erheben, wobei dem Nutzer der Nachweis gestattet ist, dass dem Anbieter kein oder ein wesentlich geringerer Schaden entstanden ist.
 - 10.2.6. Auftragsvermittler und sonstige Dritte sind nicht berechtigt, Zahlungen für den Anbieter entgegenzunehmen.
 - 10.2.7. Kommt der Nutzer mit einer Zahlung in Verzug, kann der Anbieter
 - 10.2.7.1. die Leistung aussetzen,
 - 10.2.7.2. ohne Rücksicht auf ursprünglich vereinbarte Zahlungsziele sämtliche für die (restliche) Vertragslaufzeit vereinbarte Beträge sofort fällig stellen und
 - 10.2.7.3. die weitere Leistungserbringung von dem Ausgleich sämtlicher offen stehender Beträge abhängig machen.
 - 10.2.8. Die Absätze 10.2.7.2 und 10.2.7.3 gelten entsprechend, wenn objektiv begründete Zweifel an der Zahlungsfähigkeit des Nutzers bestehen.
 - 10.2.9. Der Nutzer ist zur Aufrechnung und/oder Zurückbehaltung, auch wenn Mängelrügen oder Gegenansprüche geltend gemacht werden, nur berechtigt, wenn die Gegenansprüche rechtskräftig festgestellt wurden oder unstreitig sind. Rückabwicklungsansprüche eines Verbrauchers nach Widerruf des Vertrages bleiben hiervon unangetastet.
 - 10.2.10. Zur Ausübung eines Zurückbehaltungsrechtes ist der Nutzer nur insoweit befugt, als Gegenansprüche aus dem gleichen Vertragsverhältnis gegenüber dem Anbieter bestehen.

11. Datenschutz

- 11.1 Der Anbieter ist berechtigt, personenbezogene Daten im für die Leistungserbringung erforderlichen Umfang zu verarbeiten.
- 11.2 Der Anbieter ist im vereinbarten Umfang berechtigt, die im Rahmen des Vertragsschlusses erhobenen personenbezogenen Daten des Nutzers zur Direktwerbung für eigene Produkte und Leistungen bzw. (im vereinbarten Umfang) für Produkte und Leistungen des/der genannten Unternehmen(s) zu nutzen.
- 11.3 Falls der Nutzer keine Werbung (mehr) erhalten möchte, kann er dieser Verwendung seiner Daten jederzeit widersprechen, ohne dass hierfür andere als die Übermittlungskosten nach den Basistarifen entstehen. Hierfür genügt eine entsprechende Mitteilung an Schlüetersche Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Hans-Böckler-Allee 7, 30173 Hannover. Fax-Nr.: 0511 8550-991320 oder per E-Mail an widerspruch@schluetersche.de.

12. Alternative Streitbeilegung

- 12.1 Die Europäische Kommission stellt eine Plattform für die außergerichtliche Online-Streitbeilegung (OS-Plattform) bereit, die unter www.ec.europa.eu/consumers/odr aufrufbar ist. Die E-Mail-Adresse des Anbieters lautet info@schluetersche.de.
- 12.2 Der Anbieter ist nicht verpflichtet und nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle teilzunehmen.

13. Widerrufsrecht

Verbrauchern steht im Fernabsatz ein gesetzliches Widerrufsrecht nach Maßgabe der nachstehen angeführten Widerrufsbelehrung zu. Verbraucher ist jede natürliche Person, die ein Rechtsgeschäft zu Zwecken abschließt, die überwiegend weder ihrer gewerblichen noch ihrer selbständigen beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden können (§ 13 BGB). Ein Fernabsatzvertrag ist gegeben, wenn der Vertrag

unter ausschließlicher Verwendung von Fernkommunikationsmitteln, insbesondere per Online-Bestellung über den Online-Shop, Telefon oder E-Mail geschlossen wurde.

Widerufsbelehrung

Widerrufsrecht

Sie haben das Recht, binnen vierzehn Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen.

Die Widerrufsfrist beträgt vierzehn Tage ab dem Tag des Vertragsabschlusses.

Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie uns,

Schlütersche Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Hans-Böckler-Allee 7
30173 Hannover
Deutschland
Telefon: +49 511 8550-0
Fax: +49 511 8550-1100
E-Mail: widerruf@schluetersche.de

mittels einer eindeutigen Erklärung (z. B. ein mit der Post versandter Brief, Telefax oder E-Mail) über Ihren Entschluss, diesen Vertrag zu widerrufen, informieren.

Zur Wahrung der Widerrufsfrist reicht es aus, dass Sie die Mitteilung über die Ausübung des Widerrufsrechts vor Ablauf der Widerrufsfrist absenden.

Folgen des Widerrufs

Wenn Sie den Vertrag widerrufen, haben wir Ihnen alle Zahlungen, die wir von Ihnen erhalten haben, einschließlich der Lieferkosten (mit Ausnahme der zusätzlichen Kosten, die sich daraus ergeben, dass Sie eine andere Art der Lieferung als die von uns angebotene, günstigste Standardlieferung gewählt haben), unverzüglich und spätestens binnen vierzehn Tagen ab dem Tag zurückzuzahlen, an dem die Mitteilung über Ihren Widerruf dieses Vertrags bei uns eingegangen ist. Für diese Rückzahlung verwenden wir dasselbe Zahlungsmittel, das Sie bei der ursprünglichen Transaktion eingesetzt haben, es sei denn, mit Ihnen wurde ausdrücklich etwas anderes vereinbart; in keinem Fall werden Ihnen wegen dieser Rückzahlung Entgelte berechnet.

Haben Sie verlangt, dass die Dienstleistungen während der Widerrufsfrist beginnen soll, so haben Sie uns einen angemessenen Betrag zu zahlen, der dem Anteil der bis zu dem Zeitpunkt, zu dem Sie uns von der Ausübung des Widerrufsrechts hinsichtlich dieses Vertrags unterrichten, bereits erbrachten Dienstleistungen im Vergleich zum Gesamtumfang der im Vertrag vorgesehenen Dienstleistungen entspricht.

- Ende der gesetzlichen Widerrufsbelehrung –

14. Sonstiges

- 14.1 Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus dem geschlossenen Vertrag ist Hannover, wenn der Nutzer Kaufmann, juristische Person des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist. Das gilt auch, wenn der Nutzer im Inland keinen allgemeinen Gerichtsstand hat oder sein Wohnsitz unbekannt oder im Ausland ist.
- 14.2 Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts und der Kollisionsnormen des internationalen Privatrechts.
- 14.3 Sollten eine oder mehrere der in diesen AGB getroffenen Regelungen unwirksam sein oder werden, bleibt davon die Wirksamkeit der übrigen Regelungen unberührt. An die Stelle der unwirksamen Bestimmung treten die gesetzlichen Vorschriften, soweit nicht die Parteien eine Einigung herbeiführen, die den durch die unwirksame Bestimmung beabsichtigten Zweck erreicht.

Stand: März 2022